

Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung

Organ des Zentralverbandes der Bäcker, Konditoren, Lebkübler u. der Arbeiterchaft in der Süßwaren-, Keks-, Marmeladen- & Tafelwarenindustrie

Verbandsmitglieder erhalten das Blatt an-
entgeltlich. Abonnement pro Quartal MR. 3

Exemplar erscheint jeden Mittwoch
Redaktionsschluss Sonnabend nachm. 2 Uhr

Abonnementspreis pro lediggehaltene Non-
pareillezeile 50 Pig., für Zahlstellen 30 Pig.

Wirtschaftsdemokratie.

Dass mit der kapitalistischen Wirtschaftsautokratie, der Alleinherrschaft des Unternehmertums im wirtschaftlichen Leben, gründlich und dauernd gebrochen werden muss, ist eine alte Forderung der denkenden, klassenbewussten Arbeiterschaft Deutschlands. Das Proletariat, das die Befreiung aus der Knachtschaft des Unternehmertums erstrebt, hatte schon früher erkannt, dass dies Ziel nicht anders zu erreichen war als durch eine Sozialisierung und Demokratisierung unserer gesamten Wirtschaft. Unser Wirtschaftsleben sollte durchdrungen und erfüllt werden von dem Geiste der Gerechtigkeit, des Solidarismus, der Menschenliebe und der sozialen Gleichwertung, zugleich aber sollte auch die Gleichberechtigung aller im wirtschaftlichen Leben tätigen Personen verwirklicht werden. Diese leichte Forderung bezeichnet man mit dem Ausdruck Wirtschaftsdemokratie. Sie ist entstanden aus der Beobachtung, dass eine rechtliche Gleichstellung aller Staatsbürger und Staatsbürgerinnen im politischen Leben keinen vollen Wert hat, solange der Kapitalismus im wirtschaftlichen Leben der Alleinherrscher ist. Daher erstrebt die Arbeiterschaft die Überleitung der politischen Demokratie zur wirtschaftlichen Demokratie — von der rechtlichen Gleichheit zur wirtschaftlichen Freiheit —, während das Unternehmertum die Überleitung seiner wirtschaftlichen Autokratie zur politischen Autokratie — von der wirtschaftlichen Ungleichheit zur rechtlichen Unfreiheit — erstrebt. Dieser Kampf zwischen den beiden entgegengesetzten Willensrichtungen, der sich seit 20 Jahren vor unseren Augen abspielt, ist auch heute, trotz der Revolution, noch nicht entschieden.

Der Gedanke einer Wirtschaftsdemokratie hat kein eigentliches Ziel in der Zukunft. Es ist dies die Schaffung einer Wirtschaftsweise ohne die Möglichkeit der Ausbeutung des einen Menschen durch den andern, einer Wirtschaftsweise, die jedem Menschen, der seine Pflicht und Schuldigkeit tut, die gleichen Rechtsansprüche gewährt auf alles das, was Natur und Arbeit schafft. Aber auch in der heutigen kapitalistischen oder halbkapitalistischen Wirtschaft hat dieser Gedanke seine Berechtigung. Die Arbeiterklasse verlangt einerseits als Gesamtheit einen möglichst weitgehenden wirtschaftlichen Einfluss auf die Gestaltung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse; sie will nicht mehr Wirtschaftsobjekt bleiben, sondern Wirtschaftssubjekt werden; anderseits fordert aber auch die in einem Arbeitsbetrieb beschäftigten Personen das Mitbestimmungsrecht innerhalb dieses Betriebes; sie wollen darüber mitzubestimmen haben, wie ihre Arbeitskraft verwendet werden soll. Nach beiden Richtungen hin ist der Wille zur Demokratie in der deutschen Arbeiterbewegung seit Jahrzehnten deutlich getreten. Nun mehr, unter dem Einfluss der durch die Novemberrevolution veränderten Rechts- und Machtverhältnisse, nähert er sich seiner Verwirklichung.

Der Drang nach einer Demokratisierung unseres Wirtschaftslebens zeigte sich bereits gleich nach der Revolution des Jahres 1848 in einem Antrage an die deutsche Nationalversammlung in Frankfurt, der verlangte, dass die in einem Arbeitsbetrieb beschäftigten Personen zur Mitverwaltung des Betriebes herangezogen werden sollten. Die hereinbrechende Reaktion verschlang diesen Antrag, aber der Gedanke einer Wirtschaftsdemokratie blieb lebendig in dem organisierten Proletariat. Es wurde auf sozialdemokratischen Parteitagen und auf Gewerkschaftstagessen die Forderung erhoben nach Arbeitsräumen und Arbeiterräten, die in unserem Wirtschaftsleben die Interessen der Arbeit gegenüber denen des Kapitals vertreten sollten. Leider scheiterte dies Streben an dem zähen, erbitterten Widerstande des Unternehmertums und an der schwanken Kaltung der Reichsregierung. Einwohl reicher Erfolg hatte die Forderung einer Vertriebsdemo-

Hast auch Du Deine Pflicht bei der Agitation erfüllt und Kämpfer für den Ver- band gewonnen? ♦ ♦ ♦ ♦ ♦

rat, das Streben nach einem Mitbestimmungsrecht in den Arbeitsbetrieben. Der deutsche Reichstag nahm im Jahre 1891 in die Gewerbeordnung eine Bestimmung auf, nach der in allen Betrieben mit mehr als 20 Beschäftigten ein Arbeiterrat auszuschreiben gewählt werden muss, dem bestimmte Rechte gegenüber der Betriebsleitung eingeräumt wurden. Wenn diese Arbeiterräte bis zur Novemberrevolution nur ein Schattendasein geführt und nur einen geringen Einfluss gewonnen haben, so lag das an der mangelnden Reife und Einigkeit der Arbeiterschaft und an der Schwäche der gewerkschaftlichen Organisation.immerhin war das Recht auf Mitbestimmung im Arbeitsprozess grundsätzlich festgelegt worden, doch fehlte es an der Maß, dies Recht gebührend auszuüben zu können.

Der in dem Riesystem gängige trende Gedanke einer Wirtschafts- und Betriebsdemokratie ist also kein neuer, aus Russland importiertes Gewächs, er ist seit Jahrzehnten ganz natürgemäß aus den Klassengegensätzen zwischen Kapital und Arbeit hervorgewachsen, er war tief in dem proletarischen Klassenbewusstsein verankert. Es wäre ja auch höchst merkwürdig, wenn die sozialistisch und gewerkschaftlich geschulten Arbeitermassen Deutschlands niemals auf den Gedanken gekommen wären, die Wirtschafts- und Betriebsautokratie des Kapitalismus zu brechen. Allerdings hat die Novemberrevolution erst die Möglichkeit ihrer Verwirklichung geschaffen, da sie dem Proletariat eine viel größere Bewegungsfreiheit gebracht hat, als es jemals besaß. Es kommt nun mehr im wesentlichen darauf an, von dieser Freiheit den richtigen Gebrauch zu machen und dem Rütedenken die rechte Form zu geben.

Die wichtigste Voraussetzung hierzu ist eine gründliche Ausbildung und Schulung der Arbeiterschaft. Die Demokratie im Wirtschaftsleben teilt der Arbeiterschaft größere Rechte und Aufgaben zu, es gehört also auch eine höhere geistige und sittliche Reife dazu, um dem neuen Zustande der Dinge gerecht werden zu können. Soll die deutsche Arbeiterschaft einen bestimmenden Einfluss ausüben auf unser Wirtschaftsleben, so muss sie einen tiefen Einblick haben in die wirtschaftlichen Zusammenhänge und in die geschäftlichen Verhältnisse; denn ohne das Verständnis für das Wesen und die Besonderheiten unseres Wirtschaftslebens kann sie die ihr gestellten Aufgaben nicht erfüllen. Weben den neuen Aufgaben überträgt die Wirtschafts- und Betriebsdemokratie der Arbeiterschaft auch eine größere Verantwortung als bisher; denn wer mitbestimmen will, muss auch die Verantwortung übernehmen für sein Tun und Lassen. Auch aus diesem Grunde ist es notwendig, dass wir uns unserer neuen Pflichten bewusst werden und dass wir uns bemühen, diesen Pflichten gerecht zu werden. Der gute Wille allein genügt nicht, es muss auch Kenntnis, Erfahrung, Pflichtsinn und Verantwortungsbewusstsein eingezogen werden, das heißt, es müssen geistige und sittliche Faktoren in der Arbeiterschaft lebendig sein.

Zweifellos ist es also wichtig, dass in unserm Fleischfleischliche Kollegen und Kolleginnen vorhanden sind, die die Feste eines Betriebsrats ausfüllen können, und es ist auch nötig, dass wir bilden tüchtigen, vertrauenswürdigen Stal-

lungen und Kolleginnen bei der Wahl unsere Stimme geben. Nicht die größten Schreier sind es, die wir wählen sollen, sondern die tückigsten Veute im Betriebe. Nur sie bieten uns die sichere Gewähr, dass sie ihre Stelle im Interesse ihrer Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen ausfüllen; nur sie werden imstande sein, unser Wirtschaftsleben der Gefunden entgegenzuführen. Hier gilt das Bibelwort, dass sich viele berufen fühlen, doch aber nur wenige ausgewählt sind; hier gilt es, die richtige Auswahl zu treffen. Selbstverständlich hat die Gewerkschaft die Aufgabe, ihre Mitglieder zu bilden und zu erziehen, damit sie den neuen Aufgaben gewachsen sind. Seit Jahrzehnten ist die Gewerkschaft die Erziehungsschule, die Lehrmeisterin und Erzieherin des deutschen Proletariats, und das wird sie auch bleiben, wenn ihre Mitglieder guten Willens sind. Schon heute hat es sich gezeigt, dass die Arbeiters- und Betriebsräte dort ihre Pflicht getan haben und noch tun, wo sie in ihrer Mehrheit aus geschulten Gewerkschaftern bestanden. Wo dies nicht der Fall war, haben sie fämmlich und elendiglich versagt.

Mitgliederbewegung im 3. Quartal.

Die Aufwärtsbewegung des Mitgliederstandes hat auch in den Monaten Juli, August und September angehalten. Das Tempo, wie in den ersten Monaten des Jahres, konnte allerdings nicht mehr beibehalten werden. Während im 1. Quartaljahr eine Mitgliederzunahme von 11.039 männlichen und 8598 weiblichen gebucht wurde und im 2. Quartal sich der Mitgliederstand um 5611 männliche und 2761 weibliche erhöhte, betrug der Gewinn im 3. Quartal 5648, d.h. im 1719 weibliche Mitglieder, so dass wir zum 1. Oktober 36.967 männliche und 16.621 weibliche, zusammen 53.588 Mitglieder aufweisen konnten.

Es ist von Interesse, wie sich in den einzelnen Landesteilen in diesen drei Monaten der Fortschritt vollzogen hat:

Mitgliederstand am 1. Oktober	männliche	weibliche	Zusammen
Öff. und Westpreußen ..	2262	165	2387
Berlin und Brandenburg ..	5779	2864	8143
Polen und Schlesien ..	1797	466	2263
Provinz Sachsen ..	2164	1749	3903
Schleswig-Holstein,			
Lübeck, Hamburg ..	3786	1257	5073
Hannover, Oldenburg ..			
Braunschweig, Bremen ..	2551	1217	3768
Westfalen, beide Lippe ..	1827	1596	3223
Niedersachsen ..			
Hannover, Braunschweig ..	3369	1599	4961
Hessen-Nassau, Waldeck ..	2687	902	3589
Bayern ..			
Bavaria, Schlesien ..	3945	1112	5057
Sachsen, Thüringen ..	5198	8085	8878
Württemberg, Baden ..	1937	1059	2996
Rheinland-Pfalz ..	67	—	67
Gesamtzahler ..	110	—	110
Insgesamt ..	36.967	16.621	53.588
			6648

Der Mitgliederverlust in den Bezirken Hannover und Berlin entfällt auf die Zahlstellen Braunschweig mit 50, Celle 1, Hameln 5, Hannover 277, Osnabrück 29 und Hildesheim 25 Mitgliedern. Der Ausgleich kommt die Zahlstellen Bremen, Bremerhaven, Celle, Hildesheim, Bielefeld und Oldenburg mit einer Zunahme von 143 Mitgliedern nicht mehr herbeiführen. Der Rückgang in Hannover hat keine Ursache in den schlechten Konjunkturverhältnissen in der Süßwarenindustrie. Für Monat Oktober kann aber hier schon wieder eine Aufwärtsbewegung festgestellt werden und wenn alle Mitglieder bei der allgemeinen Agitation ihres Stamms stehen, muss man nur die Scharte aufgeweitet haben, sondern eine bedeutende Mitgliederzunahme das Ergebnis sein.

Trotzdem Gewerbe und Industrie stark danebenliegt, hat sich die Organisation in den drei Vierteljahren großartig entwickelt. Es fehlen aber immerhin noch Tausende der Betriebsangehörigen der Gewerkschaft fern. Besonders in den Kleinstädten finden wir nach vielfach, dass die Organisation noch nicht Fuß gefasst hat. Jetzt, nachdem die Wahlbewegungen nicht mehr alle Kräfte zur Durchführung beanspruchen müssen die Verbandsfunktionäre und Zahlstellenvorstände mehr Zeit finden, in diesen Tagen die Werbetheitigkeit zu erneuern. Die allgemeine Agitation im November bietet die beste Gelegenheit, an die Kollegen und Kolleginnen heranzutreten, die bisher noch von der gewerkschaftlichen Idee unberührte blieben.

Die Verbandsleitung wird auch mit dem Gaubverband über einen Einheitstarif für das ganze Albgäu in Verhandlung treten. An Euch liegt es jetzt, Kollegen, daß Ihr bis zum letzten Mann unserm Zentralverband beitreten. Seid nicht wandelnd! Der Herr Obermeister Kefel hat seinen Mitgliedern schon empfohlen, sie sollen M. 30 nebst freier Kost bezahlen. Kollegen, lacht Euch damit nicht aus! In Jüllingen! Herr Kefel will Euch jetzt nur abspeisen, damit ja die von ihm gefürchtete und gehabte Gehilfenorganisation im Albgäu keinen weiteren Eingang finden soll. Verratet Eure Interessen nicht! Der Zusammen schluss der Bäckermeister soll und muß den Gehilfen erst recht ein Ansporn sein, sich in einem mächtigen Verbund zusammenzuschieben, dann wird auch ein Herr Kefel einzehen lernen müssen, daß sich die Gehilfen nicht mehr mit ein paar Silberlingen abspeisen lassen, und wird und muß dann einen Tarif eingehen mit solchen Löhnen, daß auch der Bäckerhilfe im Albgäu in der Lage ist, leben zu können wie andere Berufsschaffende und sich endlich auch einmal Kleidung und Schuhe kaufen kann.

Auch für die Lehrlinge soll und muß etwas geschaffen werden, damit diese nicht immer nur als bessondere Ausbildungsobjekte von den Meistern betrachtet werden können. Da brauchen wir Lehrlingsfachkommissionen, damit auch der junge Nachwuchs zu seinem Rechte kommt!

Und an die Konditorgehilfen von Schwaben und Neuburg ergeht gleichfalls der Mahnruf: Hinein in den Zentralverband der Bäcker und Konditoren! damit auch Euch ein auskömmlicher Lohn geschaffen werden kann. Monatslöhne von M. 90 bis M. 120 sind wirklich ein Höhn für einen Arbeiter und außerdem für einen Berufsschaffenden, der dreißig vier Jahre Berufstage hinter sich hat!

Wie lange willt Ihr Euch noch mit solchen Löhnen, die andere Arbeiter in einer Woche verdienen, zufrieden geben? Deshalb, Bäcker- und Konditorgehilfen von Schwaben und Neuburg, auf zum Kampf! Durch Kampf zum Sieg!, muß der Wahlkampf sein. Arbeitet wie die Leute, werdet nicht wandelnd, ein jeder einzelne muß ein Streiter werden! Meldet Euch als Mitglied beim Kollegen Josef Görg, Augsburg, Ulmer Straße 2, S. G. Dort wird Euch in allen Berufssachen Unterstützung und Rücksicht gegeben.

Lohnbewegungen im Bezirk Magdeburg.

Zum Oktober und November sind die Löhne der Bäcker in folgenden Orten durch die Vertretung der Organisation Bezirksstelle Magdeburg-Anhalt, geeinigt: Im Stendaler Konsumentverein beträgt der Lohn jetzt wöchentlich M. 86,25, bei der Bäckerinnung M. 60, 65 und 70; im Langermannscher Konsumentverein und bei der dortigen Bäckerinnung desgleichen; in Magdeburg: Großbetriebe M. 17,50, Kleinbetriebe M. 60, 100 und 110; in Dessauer Konsumverein M. 100, 105 und 105, in den Kleinbetrieben M. 70, 80 und 90; im Bernburger Konsumverein M. 92, in den Kleinbetrieben M. 60, 67,50, 75 und 80; im Wiederslebener Konsumverein M. 98, in den Kleinbetrieben M. 70, 80 und 90. In Barleben erhalten die Weinkräfte M. 122,50. Der Konsumverein in Coswig zahlt M. 95. Für Schönebeck hat der Schlichtungsausschuß, der angerufen wurde, die Löhne der Bäcker auf M. 55, 65 und 70, für Quedlinburg auf M. 55, 65 und 70 festgelegt.

Die Firma Hauswald hat die vom Reichsarbeitsamt festgesetzten Löhne anerkannt und wird diese ab 1. Oktober zur Auszahlung gebracht, ebenso zahlt die Firma Nickel & Lindner diese Löhne.

Wirtschaftsrat beim Reichswirtschaftsministerium.

Der § 165 der Verfassung des Deutschen Reiches sieht die Errichtung eines Wirtschaftsparlaments, genannt Reichswirtschaftsrat, vor. Der Umfang der Tätigkeit, die Zusammensetzung usw. dieses Reichswirtschaftsrates muss in einem besonderen Gesetz festgelegt werden. Es ist bis jetzt ein vorläufiger Reichswirtschaftsrat vorgesehen, der

aber längere Vorbereitungen bezüglich seiner Konstituierung bedarf.

Um nun die für dieses Wirtschaftsparlament jetzt schon vorliegenden Arbeiten erledigen zu können, ist wenige Tage nach Verabschiedung der Verfassung auf Beschluss des Reichswirtschaftsministeriums eine Räteversammlung errichtet, die den Namen "Wirtschaftsrat beim Reichswirtschaftsministerium" erhalten hat.

Für die Tätigkeit des Wirtschaftsrats beim Reichswirtschaftsministerium gelten folgende mit dem Reichswirtschaftsministerium vereinbarten Richtlinien:

Richtlinien für die Tätigkeit des Wirtschaftsrats beim Reichswirtschaftsministerium.

Der Wirtschaftsrat beim Reichswirtschaftsministerium setzt sich zusammen aus:

Gruppe Industrie:

2 Vertretern des industriellen Unternehmens,

2 Vertretern der industriellen Arbeiterschaft;

Gruppe Handel:

1 Vertreter des Ein- und Ausfuhrhandels, 1 Vertreter des Großhandels, 1 Vertreter der Groß-Einfuhrgesellschaft,

1 Vertreter der Arbeitnehmer des Ein- und Ausfuhrhandels;

Gruppe Landwirtschaft:

2 Vertretern der Landwirtschaft, 2 Vertretern der Landarbeiter;

Gruppe Verbraucher:

1 Vertreter der Kommunalverwaltungen, 1 Vertreter der leichten Verbraucher.

Für jeden Vertreter wird ein Stellvertreter bestimmt. Für die Beratung spezieller Sachfragen können Sachverständige aus dem betreffenden Spezialfach herangezogen werden.

Der Wirtschaftsrat hat den Friede, auf Grund selbstständiger Beratung und Entscheidung die Willensäußerung der in ihm vertretenen Wirtschaftsschichten dem Reichswirtschaftsministerium gegenüber zum Ausdruck zu bringen.

Der beim Reichswirtschaftsministerium eingerichtete Diktatorische Ausschuß hat alle wichtigen wirtschaftlichen Fragen der Ein- und Ausfuhr vor der Entscheidung beim Wirtschaftsrat zur Beratung und Entscheidung zu unterbreiten. Auch kann der Wirtschaftsrat aus eigener Entscheidung zu Fragen, die auf seinem Tätigkeitsgebiet liegen, Schildung nehmen und diese nach vorheriger Beratung mit dem Diktatorischen Ausschuß dem Reichswirtschaftsminister unterbreiten.

Besteht Übereinstimmung zwischen dem Wirtschaftsrat und dem Diktatorischen Ausschuß, so bringt der Diktatorische Ausschuß den gemeinsamen Beschluss vor den Herrn Minister, dem die letzte Entscheidung zusteht.

Wird eine Übereinstimmung zwischen dem Diktatorischen Ausschuß und dem Wirtschaftsrat nicht erzielt, so hat der Wirtschaftsrat das Recht, seinen Standpunkt beim Herrn Reichswirtschaftsminister unmittelbar vorzutragen, was auf Verlangen des Diktatorischen Ausschusses gemeinsam mit diesem zu geschehen hat.

Bei Meinungsverschiedenheiten innerhalb des Wirtschaftsrats ist die Ansicht der zu bezeichnenden Minorität ebenfalls dem Diktatorischen Ausschuß mitzuteilen.

In den offiziellen Sitzungen des Wirtschaftsrats nimmt eine Vertretung des Reichswirtschaftsministeriums teil. Der Diktatorische Ausschuß trägt dafür Sorge, daß das notwendige Material dem Wirtschaftsrat rechtzeitig ausgestellt wird.

Der Wirtschaftsrat hält zur Sitzung seiner Beratungen und Erledigung der rein geschäftlichen Angelegenheiten je einen Vertreter von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite, die durch Herrn Minister zu bestimmen sind.

Einige entstehende Kosten werden auf die im Wirtschaftsrat vertretenen Gruppen im Erfüllnis ihrer Vertretung im Wirtschaftsrat umgelegt.

Der in den Richtlinien mehrfach genannte Diktatorische Ausschuß ist eine Räteversammlung, die zu gleicher Zeit mit dem Wirtschaftsrat beim Reichswirtschaftsministerium errichtet ist und aus Vertretern des Reichswirtschaftsministeriums besteht. — Die Tätigkeit des Reichswirtschaftsministeriums hat bereits begonnen.

Seit dem Tropenklima nicht gut angepaßt. Ihre Röte ist zu meistig, ihre Haut gibt die Wärme weniger leicht ab als die dunkle Haut der Eingeborenen. Der große und massive Körper der Nord- und Mitteleuropäer ist wohl dem kalten Klima gut angepaßt, er eignet sich aber nicht für den Aufenthalt in den Tropen, wo er schwer führt gehalten werden kann. Weit widerstandsfähiger sind dort die schwülflichen Südeuropäer. Auch der Angaben, die Rudolf Martin in seinem Lehrbuch der Anthropologie veröffentlicht, ist denn auch das Durchschnittsgewicht bei in heißen Ländern wohnenden Menschenrassen erheblich geringer als das der Europäer, Nordchinesen, nordamerikanischen Indianer und anderer Bewohner gemäßigter Klimate. Es gibt zwar in den Tropen sehr durchaus Menschen, wie die Sudameyer, gewisse Südamerikaner, Indianer etc., aber erstmals sind diese Abnahmen von der Regel und vorwiegend sind diese großwüchsigen Tropenbewohner immer schlank und regelmäßig. Die dunkle Hautfarbe der Bewohner heißer Klimate bildet zwar keinen direkten Schutz gegen die Sonnenhitze, denn es ist bekannt, daß dunkle Flächen die Sonnenwärmestrahlung stärker aufnehmen als helle. Über dieser Nachteil der dunklen Hautfarbe wird dadurch aufgewogen, daß sie die Aufstrahlung der Wärme erleichtert. Auch der hellhäutige Haut der Negro, Malabar usw. hat eine physische Bedeutung. Rätselhaft ist, welche Rasse haben gezeigt, daß die Rasse ein sehr beträchtliches Strahlungsvermögen für ultraviolette, das heißt Wärmestrahlung, besitzt. In ihrer sittigen Rasse haben daher die Tropenbewohner ebenfalls ein Strahlungsvermögen. Nebenbei ist das Hauptmerkmal einer Schweißentwicklung gegen die kleinen und ultravioletten Lichtstrahlen, unter deren Einwirkung der Körperbeschaffenheit des Europäers in den Tropen ungefähr so leicht zu leben hat als der hellhäutige Negro, Indianer, Doroteo und Co. Sie tragen. Es fehlt nur noch eine Schweißentwicklung.

Der Haut in Betracht, die den Minuten angepaßt sind. Die Negrohaut ist durch eine unvergleichlich heftige Hautzitterung ausgezeichnet; die massenhafte Verdunstung der Schweißflüssigkeit durch die Haut erzeugt hochgradige Verdunstungsfähigkeit und darum führt sich die Negrohaut am leichtesten, je heißer die Sonne bricht. Bei den am tropischen Tropenklima angepaßten Rassen haben Germanen und Inder in einer größeren Hitzezeit als beim Europäer weitaus die Arbeit, die nicht so sehr aufwändig und so rasch erfordert. Auch die Schwarzen sind leichter in tropischen Tropenländern stark vermindert. Und noch nicht in der bekannten Gründen wird dort auch das Nervensystem des Europäers ungünstig beeinflußt. Schlaflösigkeit und Müdigkeit sind mehr die ersten Anzeichen der Schädigung der Nerven. Unter gewöhnlichen Verhältnissen zeigt der Eingeborene die Fleißbarkeit des Europäers nicht, wohl aber dann, wenn er eine höhere europäische Bildung genossen hat und sein Geistesleben sich dem europäischen nähert. Die schädigende Einwirkung des Tropenklimas auf die Nerven wird von fast allen Europäern beobachtet, die während ihres Aufenthaltes in den tropischen Zonen zu geistiger Arbeit gezwungen waren. Sie dort viel schwerer zu leisten ist als in der Heimat. Doch auch anhaltende und anstrengende Arbeit, wie sie in Europa üblich ist, kann in den tropischen Tropenländern wegen des erstaunlichen Einflusses der Hitze, insbesondere der Sonnenhitze, nicht geleistet werden. Da doch sogar in unsern Kreisen die Arbeitsschwierigkeiten aufgrund der hohen Temperatur erheblich geringer sind, so wird Arbeitsergebnis trotz der tropischen Hitze nicht schlechter sein.

Die Entstehung der Räteversammlung erfolgt durch die Zentralarbeitsgemeinschaft für Handel und Gewerbe, für die Arbeitsgemeinschaften im Einzelnen begriffen sind, erfolgt die Entstehung der Räteversammlung auf weiteres durch die leitenden Organisatoren der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer dieser Gruppen. Die hierauf möglichen Arbeiten des Wirtschaftsrats werden im Bureau der Zentralarbeitsgemeinschaft, Berlin SW 45, Wilhelmstr. 130/132, erledigt. An diese Adresse sind alle für den Wirtschaftsrat bestimmten Aufgaben zu richten.

Über den Reichsbund der Deutschen Süßwarenindustrie,

dessen Gründung wir in letzter Nummer meldeten, bringt das Fachblatt "Süßwaren und Süßwaren" in einer Sonderausgabe noch Einzelheiten, deren Kenntnis auch für die Arbeiterschaft Wert hat. Beigt die Gründung doch, wie zielbewußt unsere Unternehmer an der Zusammenfassung aller Kräfte geknüpft haben und bei ihre Leitung nun mehr das Gebilde errichtet, unter dessen Dach alle Interessen der Industrie gemeinschaftlich, aber doch organisch miteinander verbunden, vertreten werden können. Das ist die beste Wirkung, haben mag, ist selbstverständlich. Die große Wichtigkeit des Handels, die sich hier zeigt, sollte sich unsrer gesamten Arbeiterschaft als Beispiel dienen lassen. Das genannte Blatt bringt folgende Auskunft:

Durchsetzungen von der Notwendigkeit eines innigen Zusammenschlusses der Hand- und Gewerbe für die künftigen, voraussehbar überaus schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse haben sich die beiden seit langem bestehenden großen deutschen Fabriken der Süßwarenindustrie (außerbetriebenden Industrie), nämlich der "Verband Deutscher Schokoladenfabrikanten e. V. in Dresden" und die "Vereinigung Deutscher Süßwaren- und Schokoladenfabrikanten e. V. in Würzburg" unter grundsätzlicher Wahrung ihrer Selbständigkeit zu einer einheitlichen Gewerbevertretung und zu einem geregelten Arbeitsplan geeinigt, indem sie nach übereinimmenden Beschlüssen bei beiderseitigen Hauptversammlungen eines "Reichsbund der Deutschen Süßwarenindustrie" gründeten, der die gemeinsamen Interessen der Fabrikanten von Süßwaren jeglicher Art sowie die bevorstehenden Interessen der weiterverarbeitenden Industrie von Schokoladenwaren vertreten soll.

Daneben wurden dem "Verband Deutscher Schokoladenfabrikanten e. V. in Dresden" die Vertretung der sonstigen Fabrikanten ab arbeitenden Süß- und Schokoladenindustrie, ferner der "Vereinigung Deutscher Süßwaren- und Schokoladenfabrikanten e. V. in Würzburg" die Vertretung der Süßwaren- und sonstigen Süßwarenindustrie als Spezialarbeitsgruppen übertragen. Ein Blatt von 14 Blättern vereinen wird die Verbindung mit den gesamten einschlägigen Industrie in den einzelnen Bezirken des Reichsgebiets aufrechtzuhalten und pflegen.

Der neue "Reichsbund der Deutschen Süßwaren- und Schokoladenfabrikanten e. V." umfaßt durch seine Unterverbände rund 650 deutsche Fabriken der südwestdeutschen Industrie, beruhende wohl hauptsächlich nur irgendwie im Betriebe zusammen, in das Sonderregiment eingerückten Firmen der Schokolade- und sonstigen Süßwarenindustrie (neben der ausnahmslos eingeziebten Großindustrie auch die weitauß meist kleinen und kleinen Fabriken des gesamten Reichsgebiets).

Die Arbeiterschaft dieser Industrie bildet im "Reichsbund" organisierte Industrie, bestrebt vor dem Kriege rund 60 000 und beträgt heute nach — trotz der eingetretenen bedeutenden Mobilmachungen und sonstigen Schwierigkeiten — rund 20 000 Arbeitsträger. Die gemeinsame Versammlung des "Reichsbundes" findet in Berlin gewöhnlich die Herren Kommerzienrat August Stollwerck in Köln a. Rh. und Kommerzienrat Hermann Wilhelmi in Bremen a. Rh. und Kommerzienrat August Stollwerck in Bremen a. Rh. und Kommerzienrat Hermann Wilhelmi in Würzburg statt. Der Eig. des "Reichsbundes" ist am 27. Oktober 1918 zu Berlin gewöhnlich die Herren Kommerzienrat August Stollwerck in Bremen a. Rh. und Kommerzienrat Hermann Wilhelmi in Würzburg ernannt. Der Eig. des "Reichsbundes" ist am 27. Oktober 1918 zu Berlin gewöhnlich die Herren Kommerzienrat August Stollwerck in Bremen a. Rh. und Kommerzienrat Hermann Wilhelmi in Würzburg ernannt. Der neue "Reichsbund" hat auch bereits seine praktische Tätigkeit aufgenommen, indem er schon in der Gründungsversammlung eine Entwickelung zum Handelsvertragserlaubniß führte. Ersterer zwei Vertreter zur Reichsarbeitsgemeinschaft der gewerblichen und industriellen Berufe, die Herren: Direktor Gustav Krause (Firma Stollwerck A. G.) in Berlin und Dr. Klemm in Würzburg trafen.

Der neue "Reichsbund" hat auch bereits seine praktische Tätigkeit aufgenommen, indem er schon in der Gründungsversammlung eine Entwickelung zum Handelsvertragserlaubniß führte. Ersterer zwei Vertreter zur Reichsarbeitsgemeinschaft der gewerblichen und industriellen Berufe, die Herren: Direktor Gustav Krause (Firma Stollwerck A. G.) in Berlin und Dr. Klemm in Würzburg trafen.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Der Jahrestelle Meissen wurde auf Antrag genehmigt, vom 1. Dezember an auf die Beitragssätze zu 100 und 180,- einen Zuschlagszuschlag von 20,- auf die Märkte zu 80,- und darüber einen solchen von 10,- zu erheben.

Auf Antrag der Jahrestelle Sonneberg wird das Mitglied Emil Häßler, Geschäftsführer im Konsumverein Eßleben, wegen Schlußreden aufgeschlossen.

Geschäftsstelle Stuttgart weitet den Verlust des Mitgliedsbüros für M. 25. Werk (Bürostr. 25/26). Außerordnung darf auf dieses Büro nicht geworben, bei Vorzeigung ist es abzunehmen und an den Verbandsvorstand einzuführen.

Der Verbandsvorstand.

Quittung.

Vom 1. bis 14. November gingen folgende Beiträge ein:
Für Orléans: Lüneburg M. 10,-, Sandeshut 88,-, Limbach 178,-, Usteren-Günzborn 148,-, Wittenberg 182,-, Teplitz 188,-, Oerdingen 87,-, Leipzig 472,-, Prag 100,-.

8916, Coburg 49,88, Eisenach 148,45, Güstrow 281,40, Hadersleben 210,80, Hagen 178,50, Homburg v. d. H. 878,88, Landesberg v. d. H. 89,70, Sorau 121,95, Spremberg 120,80, Stralsund 270,90, Wettinrode 384,70, Straubing 206,45, Greifswald 182, Wilsnack 281,88, Königsberg 257,95, Lüdit 870,70, Wolfsburg 190,85, Rostock 245,85, Wittenberge 73,30, Berlin 86,65,85, Tübingen 129,50, Flensburg 102,90, Halberstadt 110,70, Halle 89,84,80, Harburg 365,90, Lübeck 284,50, Pößneck 683,85, Neuenburg 723,10, Briesen 1135,25, Wismar 268,85, Grimmen 680,75, Hamburg 20 045,75, Altenburg 246,10, Augsburg 704,65, Cöln 489,95, Heilbronn 222,60, Magdeburg 2421,15, Neuhausen 78,70, Nürnberg 5800,10, Zwischen 442,25.

Von Einzelzähler der Hauptstelle: W. A. Peterow A. 73,25, G. F. Meissel 8,90, M. B. Grabow 224, L. B. Freytag 1,60, O. C. Kappeler 8,40, P. B. Brügel 10, P. R. Schröder 16, F. M. Schäferbrunn 16.

Für Annoncen: Pöhlein M. 3,90, Fummelkasse Berlin A. 12.

Für Geschichte der Bäcker- und Konditorenbewegung: Bützberg A. 6, Sorau 8, Stralsund 24, Lübeck 9, Wittenberge 8, Briesen 8, Magdeburg 8, Hamburg 300.

Für Protokolle: Siegen M. 5,20, Bützberg 8, Saalburg 1,60, Leipzig 48,20, Tübingen 8,20, Sorau 1,60, Lübeck 3,20, Erbachhausen i. Th. 8,20.

Der Hauptkassierer. O. Freytag.

Aus den Begriffen.

Hilfsl. Vorsitzender: Fritz Müller, Sternstr. 4, Boizenburg. Erster Vorsitzender: Richard Henke, Scherzenweg 8, 1. Et.; Kassierer: Paul Haase, Sedanstraße 28, 3. Et., Versammlungskofa: Restaurant "Germania", Am Hornmarkt.

Brandenburg a. d. H. Vorsitzender: Richard Thome (siehe Thome), Potsdamer Chaussee 5 d, 2. Et.

Enden. Kassierer: W. Markus, Schulstr. 81.

Güstrow. Der Vorsitzende W. Goldammer wohnt jetzt Büchelwitz, 4. part.

Malchin. Erster Vorsitzender: Anton Steinbrecht, Heiligensee 9; erster Kassierer: Fritz Siell, Molkenstraße 8.

Stralsund. Erster Kassierer: Emil Medrow, Knieperstr. 5.

Sterbetafel.

Halle a. d. S. Wilhelm Schlieder (Zörbig), 59 Jahre alt, gestorben am 31. Oktober.
Ehre seinem Andenken!

Schreibergangen und Skript.

Bücher.

Die Bäcker in Stralsund waren in eine Lohnbewegung eingetreten und haben diese mit gutem Erfolg beendet. Erreicht wurde ein Lohn für Gehilfen im ersten Gehilfenjahr A. 75 pro Woche (bisher A. 65), bis zum 24. Jahre A. 85 (bisher A. 75). Ab 24 Jahre A. 95 (bisher A. 75). Für Koch und Brotigl kann A. 40 in Abzug gebracht werden. Getrennt werden nach einem Jahre 4, nach zwei Jahren 8 und nach drei Jahren 12 Arbeitstage gewährt.

Beendete Lohnbewegung der Bäcker in Hamburg. Zittau-Wandsbek. Eine am Donnerstagabend in Werderhochstrasse tagende Versammlung des Verbandes der Bäcker nahm Stellung zu den abgeschlossenen Verhandlungen mit den Innungen des Städtegebietes und dem Großfabrikantenverband. Geschiedert wurden für Bäcker A. 180, für Frauen A. 80 die Woche. Bei den Verhandlungen prägenden die Unternehmer folgende Sätze zu: Für Gehilfen bis 20 Jahre A. 140, alle übrigen A. 160, für Wachhilfen pro Tag A. 25, für Frauen, die nur zum Flemmachen verwendet werden, A. 65, für die im technischen Betriebe beschäftigten Frauen A. 75. Zu der Aussprache traten fast alle Redner für die Annahme der Abmachungen ein. Gestellte Abänderungsanträge wurden abgelehnt und schließlich mit sehr großer Mehrheit das Angebot angenommen. Schon wurden alle Anträge, die eine Veränderung in der Fortzügigerung des Preises verlangten, abgelehnt.

Entschuldigung.

Erkennen I. Schl. S. das gleichheit! Hier am Dreieck ist auf den heutigen Tag noch kein Rechenschaft abzulegen. Wir haben beim Landrat den dortigen Antrag genehmigt und dazu bemüht, daß die in Betracht kommende Verordnung vom 2. Dezember 1918 datiert. Man sollte annehmen, daß man auf einem Sonderkonsort unter solchen Umständen einmal das Rechtsgesetz nachschlägt und nutzt, was bisher bestanden ist. Auf dem heutigen Sonderkonsort hat man sich wohl nicht so hellen gewußt und die Sache den Schiedsgerichtshof übertragen, und ein Herr Dr. Rommel zu empfehlen, erfuhr aus Leidet: Gute Beobachtung vom 2. Dezember 1918, welche Sie erfahren und aus der Rechenschaft erichtet werden müsse, ist hier zugegeben. Doch kann die Verordnung nicht zu finden sein, das hätten wir uns den Herrn Zollern nicht erwartet. Wir haben ihm nun mitgeteilt, auf welcher Seite des Rechtsgesetzes er sie findet und welche Ausmaße die Verordnung hat, dasgleichen bemerkt, daß wir, falls man dort ein solches Gesetz nicht haben sollte, eine Ablicht oder das Rechtsgesetz selbst zu leisten mögen. S. heute so etwas zum bei einem Schiedsgerichtshof möglich?

Getzenau. Am 2. November fand in Malchin im "Schönheitspalast" eine öffentliche Versammlung der Bäcker und Konditoren statt, die von der Hauptstelle Tübingen einberufen war. Besiege Biers verhinderte es ausgesetzt, die Kollegen zu empfangen, doch war durch unsere Organisation etwas erreicht worden. Getzenau fand dies eine Macht.

Vorwärts, Kolleginnen und Kollegen — werbt Mitglieder! Euer eigenes Interesse gebietet es. Laßt Euch nicht von andern Verbänden beschämen!

vereinigt nicht. Kollege Steinbrecht, Malchin, schloß sich den Ausschlüsse an; auch er war der Ansicht, daß die trostlosen Zustände verbessert werden müssten, was aber nur dadurch erreicht werden könnte, wenn sich jeder Kollege unserer Organisation anstrengen würde. Niemals berichtete dann noch über die bisherige Tätigkeit der Zahlstelle Peterow und führte den Kollegen vor Augen, daß diese in der kurzen Zeit ihres Bestehens schon ganz gute Arbeit geleistet habe. Sämtliche anwesenden Kollegen ließen sich in unsern Verband aufnehmen. Es wurde beschlossen, die Sektion Malchin der Zahlstelle Peterow anzupliedern. Darauf wurde als Vorstand gewählt: Steinbrecht, erster Vorsitzender; Stellvertreter Großopp; Stoll, erster Kassierer; Stellvertreter Scholnecht; Wollter, Prototypföhrer; Stellvertreter Scholnecht, Steinbrecht, Stellvertreter; Stellvertreter Großopp; Reisenden Werner und Bloch. In den Sachaufschluß wurde Kollege Steinbrecht gewählt. Kollege Bense ernannte nochmals die Kollegen, nunmehr auch treu zur Organisation zu stehen. Dann wurde vor Schluss noch ein Tarif ausgearbeitet.

Bäcker.

Gen. Am 29. Oktober fand im "Kaffeehaus" eine öffentliche Bäckergezelversammlung statt, zu der leider ein Teil der Gezelten nicht erschienen waren. Auf der Tagesordnung stand: Warum haben die Bäckergezelten die niedrigsten Löhne? und: Bericht über die bereits gesetzten Verhandlungen, die Tariflöhne um A. 80 wöchentlich zu erhöhen. Zu erstmals sprach Kollege Solbrig. Er griff im ersten Bertrag weit zurück und zeichnete ein anschauliches Bild über Entstehung der Kunst, das Kunstwesen selbst und was dem Bäckerhandwerk noch vom Kunstwesen anhaftet. Er forderte die Innungen auf, doch endlich den alten Preis abzuändern und sich des Neuen anzupassen. Die Kollegen lauschten aufmerksam seinen Worten und alle Anwesenden schlossen sich dem Verbande an. Über den zweiten Punkt sprach Kollege Großchler. Er gab eine Übersicht über alles, was bisher von unserer Seite getan wurde, um die Tariflöhne zu erhöhen. Er zeigte auch, wie die Fummelkasse bemerklich ist, die Angelegenhöfen auf die lange Bank zu schieben. Eine rege Ansprache folgte den Ausführungen, woran sich beide Seiten beteiligten. Gefordert wurde, energische Schritte zu unternehmen, damit die Kollegen endlich höhere Löhne bekommen; denn jeder ungelernte Arbeiter bekommt in Geno mehr Lohn als ein Bäcker.

Wirtschaftliche Handlungen.

Freisetzung der Bäckerpriize. Durch Verordnung vom 14. Oktober sind mit Zustimmung des Reichspräsidenten und des wirtschaftlichen Auswärtigen der Nationalversammlung die Bäckerpriize für das Wirtschaftsjahr 1919/20 neu festgelegt. Der Bäckerpriize ist unter Verücksichtigung der gezeigten Kosten für die Bäckereien und die Verarbeitung auf der Basis Magdeburg auf A. 55 für den Rentner, der Verbrauchspreis auf A. 75,80 für den Rentner, der Verbrauchspreis auf A. 55 für den Rentner bestimmt werden. Bei der Berechnung der Preise wurde von den bspw. eingehenden Abschöpfen und Verzehrungsprüfungen tatsächlich ermittelten Unkosten des Vorjahrs ausgegangen. Hierbei ist nach Berechnung mit den Arbeiterverbänden und anderen Beteiligten die Steigerung der Verarbeitungskosten berücksichtigt worden, die besonders durch eine Erhöhung der Löhne, Sozialpreise und Frachten eintrete. Bei der Feststellung des Bäckerpriizes ist bei der fränkischen festgestellte Bäckerpriize für die Bäckereien von A. 4 anzunehme gezeigt; berechnet ist ein im Frühjahr gegebenes Versprechen, wonach Fabriken die Bezahlung der Müllern zu einem festen Mindestpreis übersteigenden Preise zu ermöglichen, durch Einrichtung eines Betrages von über A. 5 für den Rentner Brotzucker eingelöst werden.

Der Großbrotzuckerzuschlag wurde ebenfalls mit Rücksicht auf die gezeigten Frachtkosten und die erhöhten sonstigen Unsichten berücksichtigt werden; er ist auf A. 3,70 bestimmt; dabei ist die Möglichkeit vorgesehen, ihn im Verwaltungsbereiche zu erhöhen, falls besondere Verhältnisse dies nötig machen.

Für den Fall einer Erhöhung der Aufliefersteuer über einer Erhöhung der Umliefersteuer ist dem Reichswirtschaftsminister die Erhöhung vorbehalten, die Kreise anzusezen.

Erläuterung wurde durch die erlassene Verordnung die Einführung der Brotzuckerbewirtschaftung über außerhalbige Gütermittel mit Ausnahme der Kaffee aufgesprochen; die Kaffee kann im bisherigen Umfang von den zuliefernden Bäckereien zu den Bäckereien zu den Bäckereien zugetragen werden. Nicht aber im Fälligen für wichtige Zwecke in öffentlicher Bedienstung.

Zu der Frage, ob die Bäckergewinnwirtschaft im Herbst 1919 aufzuhören sei, kommt erzbürglich noch nicht eine Stellung genommen werden.

Spätestens am 22. November ist der 48. Monatbeitrag für 1919 (23. bis 29. November) fällig.

Versammlungs-Anzeiger

Sonntag, 23. November:
Dresden. Bei Düppel, Mühlstraße (hinten Marktstraße), Siegen. Vom 10 Uhr in der "Athenaeum Bierhalle".

Mittwoch, 26. November:
Frankfurt a. M. (Konditoren.) 8 Uhr, Polizeigraben 7, Leipzig. (Konditoren.) Im "Regierungshaus", Nordstr. 17.

Donnerstag, 27. November:
Stettin. (Konditoren.) 8 Uhr im Restaurant "Friedrichplatz", Wroclaw. (Bäckerbranche.) 10,50 Uhr im "Gärtnerhaus" zu Görlitz. Leipzig. (Bäcker.) 7,50 Uhr im "Borsig'sche Hof", Michaelisburg.

Samstag, 29. November:
Berlin. 1. Et. 7 Uhr im "Bräuerei-Gärtchen", Friedrichstr. 2.

Sonntag, 30. November:
Berlin. 1. Et. 7 Uhr im "Centralhotel". Berlin. 4 Uhr im "Maureramt", Brandenburger Straße.

Anzeigen

Bekleidungs- und Geschäftsstätte

der Stuttgarter (A. 4)

Konditoren- und Verbandsmitglieder thun beim Kollegen Hack, "Eßlinger Hof", 1. Et. Ecke Engelholzstr. 120, Charlottenplatz.

Verkaufsstätte u. Treffpunkt

der Hannoveraner (A. 4)

Konditoren- und Verbandsmitglieder thun beim Kollegen

Hack, "Eßlinger Hof", 1. Et. Ecke Engelholzstr. 120, Charlottenplatz.

Bahlstelle Hamburg-Altona.

Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag, Samstag, Sonntag.

Wiederholung am nächsten Werktag.

Wiederholung von 9 bis 12 Uhr.

Mittwoch 2. November von 9 bis 12 Uhr in Nachmittags von 1 bis 2 Uhr.

Samstag geschlossen.

In der letzten Mitgliederversammlung ist beschlossen worden, um Unterschaltung unserer arbeitslosen Mitglieder einen städtischen Arbeitskreis am November zu eröffnen, um 8 Uhr im Gewerkschaftshaus stattfindende Gedächtnisfeier zu Ehren unserer gefallenen Mitgliedes wird noch aufmerksam gemacht. Karten zu A. 1,60 sind im Bureau und, wenn noch verträglich, an der Kasse zu haben.

Der Vorstand des Bahlstellen.

Dieser Beitrag ist im November an jedem Tag, damit im Februar die Ansiedlung an unsere Arbeitslosen erfolgen kann.

Wir unterteilen am Freitag, 18. November, um 8 Uhr im Gewerkschaftshaus stattfindende Gedächtnisfeier zu Ehren unserer gefallenen Mitgliedes wird noch aufmerksam gemacht. Karten zu A. 1,60 sind im Bureau und, wenn noch verträglich, an der Kasse zu haben.

Der Vorstand des Bahlstellen.

Am Dienstag, 25. November, um 8 Uhr im "Gärtnerhaus" zu Görlitz.

Am Dienstag, 25. November, um 8 Uhr im "Gärtnerhaus" zu Görlitz.

Am Dienstag, 25. November, um 8 Uhr im "Gärtnerhaus" zu Görlitz.

Am Dienstag, 25. November, um 8 Uhr im "Gärtnerhaus" zu Görlitz.

Am Dienstag, 25. November, um 8 Uhr im "Gärtnerhaus" zu Görlitz.

Am Dienstag, 25. November, um 8 Uhr im "Gärtnerhaus" zu Görlitz.

Am Dienstag, 25. November, um 8 Uhr im "Gärtnerhaus" zu Görlitz.

Am Dienstag, 25. November, um 8 Uhr im "Gärtnerhaus" zu Görlitz.

Am Dienstag, 25. November, um 8 Uhr im "Gärtnerhaus" zu Görlitz.

Am Dienstag, 25. November, um 8 Uhr im "Gärtnerhaus" zu Görlitz.

Am Dienstag, 25. November, um 8 Uhr im "Gärtnerhaus" zu Görlitz.

Am Dienstag, 25. November, um 8 Uhr im "Gärtnerhaus" zu Görlitz.

Am Dienstag, 25. November, um 8 Uhr im "Gärtnerhaus" zu Görlitz.

Am Dienstag, 25. November, um 8 Uhr im "Gärtnerhaus" zu Görlitz.

Am Dienstag, 25. November, um 8 Uhr im "Gärtnerhaus" zu Görlitz.

Am Dienstag, 25. November, um 8 Uhr im "Gärtnerhaus" zu Görlitz.

Am Dienstag, 25. November, um 8 Uhr im "Gärtnerhaus" zu Görlitz.

Am Dienstag, 25. November, um 8 Uhr im "Gärtnerhaus" zu Görlitz.

Am Dienstag, 25. November, um 8 Uhr im "Gärtnerhaus" zu Görlitz.

Am Dienstag, 25. November, um 8 Uhr im "Gärtnerhaus" zu Görlitz.

Am Dienstag, 25. November, um 8 Uhr im "Gärtnerhaus" zu Görlitz.

Am Dienstag, 25. November, um 8 Uhr im "Gärtnerhaus" zu Görlitz.

Am Dienstag, 25. November, um 8 Uhr im "Gärtnerhaus" zu Görlitz.

Am Dienstag, 25. November, um 8 Uhr im "Gärtnerhaus" zu Görlitz.

Am Dienstag, 25. November, um 8 Uhr im "Gärtnerhaus" zu Görlitz.

Am Dienstag, 25. November, um 8 Uhr im "Gärtnerhaus" zu Görlitz.

Am Dienstag, 25. November, um 8 Uhr im "Gärtnerhaus" zu Görlitz.

Am Dienstag, 25. November, um 8 Uhr im "Gärtner